

um eine Preisgabe Westberlins, so wenig wie um eine formelle Anerkennung der DDR um ihrer selbst willen. Notwendig ist vielmehr, daß endlich der Versuch unternommen wird, auf dem Verhandlungswege eine weitere Zuspitzung der Lage in Berlin zu verhindern, ein Maximum an Garantien für die Freiheit und Lebensfähigkeit Westberlins und zugleich die Wiederherstellung der Freizügigkeit in der geteilten Stadt zu erreichen. Und es geht gleichzeitig darum, wie Westberlin so auch die Bundesrepublik von ihrer bisherigen Anti-Funktion zu entlasten. Diese Anti-Funktion hat ihr keine Sicherheit gebracht, sondern sie in einem besonders bedrohlichen Maße weltpolitisch exponiert; und sie hat innenpolitisch zu jener fortschreitenden Militarisierung und Entdemokratisierung geführt, durch die unsere Freiheit immer stärker bedroht wird. Je unzweideutiger die Bundesrepublik ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Entspannung in Mitteleuropa, ihre Bereitschaft zu einem vertraglich zu fixierenden Verzicht auf das atomare Wettrüsten erklärt, je aktiver sie in dieser Hinsicht ist, desto größer sind auch die Chancen, zu einem befriedigenden neuen Berlin-Statut zu kommen.

Angesichts der anhaltenden außenpolitischen Initiativlosigkeit Bonns, bei fortgesetzter militärpolitischer Aktivität, angesichts der außenpolitischen Halbherzigkeit und Inkonsequenz der nicht ganz einsichtslosen FDP (deren Außenpolitiker Dr. Achenbach immerhin in diesen Wochen den Mut gehabt hat, öffentlich mit Nachdruck die Einberufung einer permanenten Deutschland-Friedenskonferenz, im Anschluß an die Genfer Außenministerkonferenz von 1959, zu fordern), angesichts des kaum mehr überraschenden, gleichwohl erschreckenden Schweigens der SPD, schließlich auch angesichts des Ausbleibens einer freimütigen außenpolitischen Diskussion in der Presse (von wenigen Ausnahmen abgesehen) — angesichts so vieler Negativa ist es heute die Aufgabe all derer, die die Notwendigkeit, Möglichkeit und Dringlichkeit einer neuen Politik erkennen, in der Öffentlichkeit gemeinsam aktiv zu werden.

(Abgeschlossen am 3. September)

Klaus Ehrler, M. A.

Europa hat schon begonnen

Klein-West-Europa und seine Problematik

Noch ehe der Zweite Weltkrieg seinen militärischen Abschluß gefunden hatte, schien bereits eines seiner Ergebnisse unverrückbar festzustehen: das Ende der weltpolitischen Vorrangstellung Europas. Die großen Nationen des Kontinents hielten ihr Schicksal nicht mehr in eigenen Händen, die Schwerpunkte des Weltgeschehens hatten sich gründlich verlagert. Nicht Paris, Berlin und London, sondern Washington und Moskau waren die Metropolen, von deren politischen Entscheidungen das Wohl und Wehe der Menschheit in Zukunft abhängen würde; jedenfalls stand es außer Zweifel, daß das beginnende Zeitalter nicht mehr unter den Zeichen Europas verlaufen werde. Der Dualismus USA-Sowjetunion ließ das Europäische der beiden Weltmächte in den Hintergrund treten, nicht nur das Historische davon, sondern sogar das Geographische: Moskau gehörte zwar noch

immer zum europäischen Rußland, wichtiger aber war doch für das politische Bewußtsein dessen Zugehörigkeit zur Sowjetunion. Europa selber schien indessen lange Jahrzehnte zur Überwindung der Kriegsfolgen voraussehen zu müssen; an einen verhältnismäßig raschen Wiederaufstieg Europas wagte kaum jemand zu glauben. Auch unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen Erholung hätte man dem alten Kontinent nicht so bald eine neue weltpolitische Schlüsselstellung vorausgesagt.

Nach siebzehn Jahren ist das schier Unglaubliche schon viel wirklicher geworden, als wir es selbst jetzt noch zu sehen meinen. Die politische Landkarte Europas trägt. Eine neue Weltmacht beginnt sich in Europa zu entpuppen, und es wird hohe Zeit, daß alle guten Europäer ihr Augenmerk und Gedankenwerk darauf lenken. Während sich der sichtbare Zug nach Europa nur langsam und auf Umwegen vorwärtszubewegen anschickt, werden fast unbeachtet im künftigen Namen eben desselben Europa Entscheidungen getroffen oder manipuliert, gegen die keine spätere oder zu späte Stellungnahme der Europäer selbst mehr etwas auszurichten vermag, und sei sie aus noch so freien Wahlen hervorgegangen — wenn nicht bald die warnenden Zeichen der Zeit von allen politisch denkenden Europäern erkannt werden. Wenn unser Ziel, Europa zu einem Hort des Friedens zu gestalten, nicht zu einem illusionären Wunsch verflüchtigt werden soll, dann dürfen wir Europa nicht denen überlassen, die eine neue Weltmacht alten Stils daraus machen wollen. Noch ist die Frage: Wer formt das Gesicht Europas? nicht entschieden; doch wer sich jetzt nicht kümmert und nicht rührt, wird an der Schicksalsbestimmung Europas keinen Anteil haben. Europa hat schon begonnen, es ist hohe Zeit.

Der Stand der Europa-Diskussion zeigt bereits, wie weit die Weichen schon gestellt sind: die „Klein-Europäer“ geben den Ton an, die Hoffnungen der frühen fünfziger Jahre auf einen großzügigen „großeuropäischen“ Stil der politischen Zusammenarbeit im Geiste gegenseitiger Aufgeschlossenheit sind dem kleinlichen Bürokratismus der Brüsseler EWG-Kommission und ihres Präsidenten Hallstein gewichen. Jeder, der nur über Europa diskutieren will, wird mit gnadenloser Härte und in schulmeisterlichem Ton darauf hingewiesen, daß ohne die Unterwerfung unter die Bedingungen der EWG-Vertragsklauseln von Rom kein Fortschritt zu erzielen sei. Die Stellungnahme zum Europa-Problem scheint sich danach auf die Frage der Stellungnahme zur EWG reduziert zu haben. Die Kurzformel „Europa — das ist die EWG“ schickt sich an, das Feld des politischen Meinens und Denkens zu beherrschen, und auf etwas weitere Sicht auch das der politischen Wirklichkeit.

Die Frage: Was ist Europa und was gehört dazu? wird gar nicht mehr gestellt. Osteuropa wird von vornherein ausgeklammert. Der Kalte Krieg vereinfacht die Geographie. Die EFTA-Länder sehen sich de facto einem Ultimatum zur Unterwerfung unter die EWG gegenüber. Die anderen großen Wirtschaftsräume der Erde bängen angesichts des EWG-Wirtschaftsblocks um ihre Zukunftschancen. Fast aller Augen sind wieder auf Europa gerichtet. Zunächst scheint es für die Außenstehenden nur um die künftigen Exportquoten in das EWG-Gebiet, d. h. um den Marktanteil in diesem neu entstehenden Schwerpunktbereich der Weltwirtschaft zu gehen. Bald aber wird sich zeigen, daß die maßgebenden EWG-Länder versuchen, das Ausmaß der begehrten EWG-Marktanteile von politischen Zugeständnissen abhängig zu machen. Die EWG, die auf dem Wege ist, sich als Kern eines später einmal vereinigten Europa zu etablieren, vermag auf diese Weise schon heute indirekte Herrschaftsfunktionen weit über ihren eigenen, relativ engen Bereich hinaus auszuspielen.

Diese verhältnismäßig schnelle Rückwendung der weltgeschichtlichen Haupt-

thematik auf Europa ist geradezu sensationell; denn nicht nur die Schwäche des alten Kontinents nach dem letzten Weltkrieg, sondern fast mehr noch der Verlust der wichtigsten überseeischen Kolonialgebiete im Verlaufe der vierziger und fünfziger Jahre schien das Ansehen und den Einfluß Europas auf ein Minimum zu reduzieren. Der Rückzug der europäischen Staaten aus den meisten ihrer direkten politischen Herrschaftspositionen in Übersee hat aber nun doch eher zur Stärkung ihrer Weltstellung in Politik und Wirtschaft geführt. Als industriell höchstentwickelte Länder haben sie neue und wirksamere Methoden gefunden, ihren Einfluß in den jetzt völkerrechtlich unabhängigen ehemaligen Kolonialgebieten geltend zu machen. Da die jungen Staaten vor allem als Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt gegeneinander konkurrieren, besteht keine geringe Gefahr, daß ihre politische Solidarität Einbußen erleidet. Es wäre darum zu optimistisch, z. B. in der Schaffung eines Gemeinsamen Afrikanischen Marktes schon ein ausreichend wirksames Schutzinstrument vor einem neuen Übergewicht Europas zu sehen.

Es ist wichtig, hier innezuhalten und den Terminus „Europa“ genauer zu definieren. So wie die Dinge heute liegen, muß der Usurpation des Anspruches und Begriffes „Europa“ durch die klein-westeuropäische Politik der EWG-Länder doch in einem gewissen Maße Rechnung getragen werden; alle anderen Formen europäischer Zusammenarbeit haben bis heute noch nicht ein entsprechendes Maß von Effektivität erreichen können. Gewiß, das Rennen der verschiedenen Europa-Konzeptionen ist noch offen; neue überraschende Wendungen können schnell eintreten; aber zur Zeit kreisen fast alle Europa-Gespräche um das Thema EWG. Die begriffliche Klarheit gebietet, ohne Rücksicht auf solche Konstellationen nur von dem Europa zu sprechen, das sinnvollerweise in den verschiedenen Konzeptionen gemeint sein kann. Das aber ist bisher Westeuropa. Diese Präzisierung hilft uns zugleich, das Sensationelle des Wiederaufstiegs von — nun eben Westeuropa erklärlich zu finden. Zwei fundamentale Tatsachen haben entscheidend dazu beigetragen:

1. die vorwiegende Konzentration der Kriegsverluste des Zweiten Weltkrieges auf den Sektor der Sachschäden, die den Marshall-Investitionen ein vorteilhaftes Wirkungsfeld boten;

2. das verhältnismäßig geringe Ausmaß der Personenverluste, das den für rasche Aufbau- und Entwicklungsarbeit unentbehrlichen Stamm der qualifizierten Fachkräfte kaum vermindert überleben ließ. In Osteuropa hat das Hitlersche System der verbrannten Erde und der systematischen Menschausrottung die ohnehin schon dünner besiedelten und weniger entwickelten Gebiete weitaus härter betroffen. Insbesondere die physische Vernichtung großer Teile der Intelligenzschichten ist für die osteuropäischen Länder, namentlich für Polen, ein unverschmerzbarer Verlust, der ihre Entwicklungsmöglichkeiten auf nahezu allen Gebieten noch lange Zeit erheblich schmälern wird.

Die Charakterisierung der EWG-Politik als klein-westeuropäisch zeigt zugleich, daß auch der Begriff Westeuropa noch weitergehende Unterscheidungen fordert. Die mehr groß-westeuropäisch orientierten Länder — Großbritannien und die skandinavischen Staaten — wünschen nicht von einer Staatengruppe vor vollendete europäische Tatsachen gestellt zu werden, sondern wollen von Anfang an zu Rate gezogen werden. Gerade hier aber zeigt sich deutlich die Taktik der EWG-Länder, sich selber erst einmal exklusiv zu entwickeln, um dann später mit dem Übergewicht ihres engeren Bundes den übrigen Europa-Staaten die Bedingungen der Zusammenarbeit vorschreiben zu können. Man kennt dieses Verfahren aus den Bereichen der Wahlkreisgeometrie und der formalen Abstimmungsarithmetik. Das demokratischste Verfahren wäre die Bildung eines einzigen um-

fassenden Wahlkreises, in dem jede Stimme — in unserem Zusammenhang jedes Land — dasselbe Gewicht bei der Entscheidung hätte. Das würde die Einbeziehung aller europäischen Länder in den Rahmen ihrer Zusammenarbeit bis hin zu ihrer allmählichen Angleichung oder gar Verschmelzung bedeuten. Das würde jegliche Majorisierung der später Dazukommenden durch den „Kernblock“ (die EWG) ausschließen. So wie die Entwicklung jetzt verläuft, soll aber gerade durch die Methode der abgestuften Majorisierung die Mehrzahl der europäischen, zunächst westeuropäischen Länder einzeln überstimmt und dadurch ein noch größerer Block gebildet werden, der dann womöglich weit über Europa hinausgreifende Einflußnahmen oder gar auch Majorisierungen zu versuchen imstande wäre. Die stufenweise Anwendung dieser Methode würde also einer Minderheitsgruppe von Staaten gestatten, den anderen nacheinander ihren Willen aufzuzwingen.

Diese Zusammenhänge muß man erkennen, wenn es um die richtige Deutung der zunächst noch harmlos anmutenden Bemühungen um die sog. politische Union der EWG-Staaten geht. Die Frage, ob Großbritannien schon vor seinem eventuellen EWG-Beitritt an den Unionsverhandlungen beteiligt werden soll, ist genau die des mehr oder weniger exklusiven Wahlkreises bzw. Abstimmungsmechanismus. Je mehr Staaten am Anfangsstadium der Unionsverhandlungen beteiligt sind, um so offener, großzügiger und liberaler wird die dabei erzielte Infrastruktur der politischen Union ausfallen. Man hat nicht zu Unrecht bemerkt, daß das exklusive EWG-Europa sich im wesentlichen mit den Bereichen des Karolingischen Reiches wie auch der erfolgreichen Gegenreformation des 16. und 17. Jahrhunderts deckt. Die Tendenz zur autoritär und restaurativ geformten Struktur von Verfassungsauslegung und Innenpolitik kommt diesen Traditionen in den beiden wichtigsten EWG-Ländern sehr entgegen: im Frankreich de Gaulles und im Bundesdeutschland Konrad Adenauers. Es hat für die alten Herren also einen Sinn, so lange „unter sich“ zu bleiben, bis ihre Vorentscheidungen über Europa unwiderruflich geworden sind. Diese Vorentscheidungen werden aber, wie die wohlbehütete Exklusivität bei allen ihren Schritten erkennen läßt, von weitestreichender Bedeutung sein. Es kommt also jetzt darauf an, daß recht viele europäische Staaten sich in die EWG- und Unionsverhandlungen einschalten, denn sonst werden sie eines Tages alle nur noch die Chance haben, das Schauspiel eines de-Gaulle-Plebiszits akklamierend oder kopfschüttelnd mitzugestalten (wenn überhaupt . . .). Sogar Chruschtschow hat sich beim Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Gorbach in Moskau diese etwas paradoxe Erkenntnis zu eigen gemacht, als er gegen EWG-Assoziierungsverhandlungen der Neutralen keine Einwände erhob. Die Entwicklung der EWG zu einem im Innern autoritär-undemokratischen und nach außen hoch (atomar) gerüsteten europäischen Hege-monialblock kann auf internationaler Ebene am wirksamsten durch eine koordinierte Aktivierung der Europa-Politik aller anderen europäischen Staaten verhindert werden, die sich im Sinne einer Auflockerung aller exklusiven Blockbindungen und ihrer Ablösung durch allseitige gleichberechtigte Zusammenarbeit vollzieht.

Bei dieser Aktivierung des „anderen Europa“, das ja auch zugleich das größere und umfassendere ist, erscheint höchste Eile als dringendes Gebot. Denn das zum Majorisierungs-Sprung ansetzende EWG-Europa hat schon längst und wiederholt gehandelt, noch ehe es seine definitive politische Gestalt gefunden hat. Die lähmende Blockierung der Abrüstungsverhandlungen in Genf rührt zum nicht geringen Teil von der Unsicherheit her, die von diesem neuen Machtfaktor EWG-Europa ausgeht. Das Wettrüsten in Form der tot- und krankheitbringenden Testserien war ausgelöst worden durch jene Sahara-Atomexplosionen, die die Stille des beiderseitigen freiwilligen Versuchs-Stops der Russen und Amerikaner durch-

brachen. Die möglichen Fortschritte der Berlin-Sondierungen werden immer wieder durch das stets wiederholte Veto eben dieses sich jetzt formierenden EWG-Europa vereitelt. Noch ohne feste äußere Gestalt — und dennoch wirkt dieser Block der Exklusivität und Negation in Gegenwart und Zukunft schon mit hinein, wie keine der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion es wohl je befürchtet haben. Das Kraftfeld der internationalen Politik ist durch den neuen (Unsicherheits-)Faktor EWG-Europa erheblich gestört. Darum ist es für die Gewinnung und Erhaltung des Friedens von großer Wichtigkeit, welches Europa sich schließlich bilden wird. Dies aber ist nicht nur eine Frage der internationalen Politik, sondern zugleich eine Aufgabe für alle Demokraten und Friedensfreunde in den verschiedenen Ländern Europas. Es darf europäische Zusammenschlüsse nicht nur auf der Ebene der Diplomatie und der industriellen Interessenverbände geben! Denn das müßte auf lange Sicht tatsächlich dazu führen, daß das werdende Europa nach deren Bilde geformt würde. Unsere Überlegungen sollten darum darauf abzielen, alle demokratischen friedens- und entspannungswilligen Kräfte der noch in nationale Sektionen getrennten europäischen Innenpolitik zum Zwecke der gegenseitigen Information und Hilfe zu koordinieren. Im Lebensinteresse der vielen hundert Millionen Europäer kann der häufige Mißbrauch des Europa-Gedankens nicht länger unwidersprochen hingenommen werden.

Blick in die Geschichte

Wenden wir dazu den Blick kurz zu historischer Besinnung zurück. Bis ins 18. Jahrhundert konnte Weltpolitik noch mit dem Geschehen auf der politischen Bühne Europas gleichgesetzt werden. Selbst die großen geographischen Entdeckungen der Zeit um 1500 führten nicht zu einer politischen Entthronung Europas. Nur die verkehrspolitische Bedeutung des Mittelmeeres und der Ostsee erlitt eine gewisse Minderung zugunsten des Atlantischen Ozeans. Die überseeische Handels- und Kolonialpolitik der an der Atlantikküste gelegenen westeuropäischen Staaten trug wesentlich dazu bei, die Hegemonialstellung des Habsburgischen Weltreiches zu erschüttern und zu überwinden, dessen europäische Schwerpunkte Spanien, Italien und (als Heiliges Römisches Reich) Deutschland waren. An die Stelle der mittelalterlichen Hegemonie und Suprematie der in Rom gekrönten Kaiser des Abendlandes (bis 1453 hatte es in Konstantinopel noch einen oströmischen, gewissermaßen morgenländischen Kaiser gegeben) trat seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das sogenannte europäische Konzert der Mächte, dessen Hauptthema bis ins 20. Jahrhundert hinein die Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts“ bildete. Es war insbesondere die Aufgabe Englands in diesem Mächte-Konzert, gegen einseitige Machtansammlungen und hegemoniale Blockbildungen auf dem Kontinent durch Unterstützung der davon betroffenen und bedrohten Länder einzuschreiten. Wohl konnte Bismarck noch im 19. Jahrhundert feststellen, Europa sei nur ein geographischer, aber kein politischer Begriff, weil es nicht selbst als handelndes Subjekt der Weltpolitik in Aktion trete — die durch das System des europäischen Gleichgewichts vorgeschriebenen Bedingungen jeder erfolversprechenden (Außen-)Politik aber berücksichtigte er so präzise wie kaum einer seiner zeitgenössischen Kollegen.

Diese „unpolitische“ Europa-Auffassung erhielt einen großen erschütternden Stoß durch den Ausgang des russisch-japanischen Krieges von 1904/5, der erstmals in der Neuzeit eine europäische Macht gegenüber einer nichteuropäischen politisch und militärisch im Hintertreffen zeigte. Zu dieser Zeit glaubte Kaiser Wilhelm II. das europäische Gewissen aufrütteln zu müssen mit dem theatralischen Appell: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!"; durch seine Beschwörung der „gelben Gefahr“ manipulierte er den Europa-Gedanken erstmalig in den

Zusammenhang einer ideologischen Kreuzzugskampagne, d. h. einer emotional-unpolitischen Anti-Propaganda. Die Tatsache, daß solcher „Ersatz“ der Politik durch blinde Anti-Ideologien schon damals viele Nachteile und Feinschatten für Deutschland eingebracht hat, konnte bis heute noch nicht fruchtbar genug für die Führung der politischen Geschäfte in Deutschland ausgewertet werden. Auch heute behindert der antikommunistische Akzent vieler Europa-Ideologien die Entwicklung vernünftiger und praktikabler Europa-Konzeptionen.

Das europäische Gleichgewicht wurde durch den Ersten Weltkrieg aufgehoben. Der kriegsentscheidende Eintritt der USA in die europäische Arena sprengte endgültig den Rahmen der europäischen Pentarchie (Rußland, Österreich-Ungarn, Preußen-Deutschland, Großbritannien, Frankreich), deren Beziehungen das 19. Jahrhundert hindurch für die Geschicke der Welt maßgeblich waren. Präsident Wilson versuchte durch die Schaffung des Völkerbundes ein neues Weltgleichgewicht zu schaffen, für dessen Gewährleistung aber weniger Mächte und Machtmittel, als vielmehr strikte Prinzipien des Völkerrechts und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit eingesetzt werden sollten. Das Völkerbundsinstrument der Sanktionen gegen Friedensstörer sollte dem Prinzip der kollektiven Sicherheit zur Verwirklichung dienen. Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung satzungstreuer Mitglieder des Völkerbundes sowie aller Glieder der Staatenfamilie der Erde sollten Leitsterne internationaler Politik sein. Aber schon zu Beginn seiner Existenz war es dem Völkerbund nicht möglich, diese Grundsätze konsequent zu befolgen. Die Interventionskriege gegen die junge Sowjetunion, die von den führenden Ländern des Völkerbundes unternommen wurden, waren eine Fortsetzung der alten imperialistischen Politik, die Wilson durch seine Prinzipienpolitik ablösen wollte. So mußte dieser Versuch, ein neues System der Weltpolitik zu begründen, mit schwersten Mängeln und Widersprüchen belastet ins Dasein treten. Rußland und die USA gehörten nicht zu den Mitgliedern des Völkerbundes, als es darauf ankam, Europa wirklich zu befrieden. Der alte Kontinent blieb sich überlassen, ohne die Zügel seines Schicksals in sicheren Händen zu halten.

Die ersten Europa-Konzeptionen

In diese Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fallen die ersten allgemein bekanntgewordenen Bestrebungen zur Bildung einer Union der europäischen Staaten. Als Ideologe trat besonders Graf Coudenhove-Kalergi für ein antikommunistisch orientiertes „Pan-Europa“ ein, dessen Hauptfunktion die Konservierung der noch bestehenden und die Zurückgewinnung der schon verlorenen europäischen Herrschaftspositionen sein sollte. Das Neue an der Pan-Europa-Konzeption solcher Prägung war der Versuch, die innereuropäischen Rivalitäten auszuschalten oder doch zu reduzieren, um durch Einigkeit nach außen die Summe der gemeinsamen Eroberungen, Besitzungen und Einflußzonen in aller Welt aus den vergangenen Jahrhunderten behaupten zu können. Insofern bedeuteten diese Vorstellungen einen Rückfall weit zurück hinter Wilsons zwar etwas utopisch-abstrakte, aber doch nicht-exklusiv gemeinte Ideen eines allgemeinen internationalen Friedens- und Rechtszustandes. So kann es nicht wundernehmen, daß insbesondere Kreise der deutschen und französischen Schwerindustrie die Pläne einer wirtschaftlichen und politischen Europa-Union in den zwanziger Jahren ernsthaft ins Auge faßten. Die Unterstützung der europäisch akzentuierten deutsch-französischen Verständigungspolitik Briands und Stresemanns war für diese Wirtschaftsgruppen ein Weg zur Verstärkung ihrer Positionen auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik. Man wollte nicht die prinzipiellen Ursachen der alten und auch neuer Weltkon-

flikte — die Gewinnung und Behauptung eines überproportionalen Anteils des eigenen Landes am Weltsozialprodukt — überwinden, sondern nur einige technische „Fehler“ der bisherigen Verfahrensweise — gegenseitige Behinderung in den Märkten und bei den Geschäften — nach Art einer Kartellabsprache ausschalten.

Die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre machte diese Ansätze gegenstandslos. Der durch die große soziale Not, nationalistische Demagogie und antikommunistische Propaganda begünstigte Aufstieg des Faschismus in Italien, Deutschland und Spanien (einst die Hauptsäulen des Reiches Karls V. in Europa) stellte den Völkerbund auf eine erste harte Probe. Die Ansätze zu einer Politik der kollektiven Sicherheit wurden endlich ernsthaft aufgenommen und weitergeführt. Die Sowjetunion konnte im Zuge dieser Ernüchterung der Völkerbundspolitik 1934 ihren Mitglieds- und Ratssitz im Genfer Palais der Nationen einnehmen. Man sprach damals sogar von einer Ära Litwinow¹⁾, die die bisherige Einseitigkeit der Haltung des Völkerbundes abzubauen versprach. Der französisch-sowjetische Pakt von 1935 und das entsprechende sowjetisch-tschechoslowakische Bündnis waren erste Schritte, den damaligen Kalten Krieg gegen Sowjetrußland auf internationaler politischer Ebene angesichts der drohenden internationalen Gefahr des Faschismus zu beenden. Auf innenpolitischer Ebene entsprach ihnen die Bildung umfassender Volksfront-Koalitionen in Spanien, vor der Machtergreifung Francos, in Frankreich und in gewisser Weise auch in Großbritannien. Die inkonsequente Politik der westlichen Ratsmitglieder des Völkerbundes in den großen weltpolitischen Krisen der folgenden Jahre — Abessinien-Aggression durch das faschistische Italien, spanischer Bürgerkrieg durch die Invasion der von Franco geführten und dann deutsch-italienischer Militärverbände, Einfall der von einem Militärregime beherrschten Japaner in China, Vernichtung der Tschechoslowakei durch den Bruch des Münchner Abkommens — machte den erfolgreichen Fortgang der Volksfront- und kollektiven Sicherheitspolitik zunichte. Insbesondere das in unserer Presse und Schulbuchliteratur fehlinterpretierte Scheitern der Friedenspolitik im Zusammenhang des Münchner Abkommens ist ein Paradebeispiel für diese verhängnisvolle Inkonsequenz der westeuropäischen Regierungen. Ihre Weigerung, die Sowjetunion als Mitgaranten der Bestimmungen des Münchner Abkommens heranzuziehen, entzog diesem einen entscheidenden Teil seiner möglich gewordenen Stabilität. Sie stand im Widerspruch zur Politik der kollektiven Sicherheit und vereitelte den Erfolg der Devise Neville Chamberlains: „Frieden in unserer Zeit.“ Der Ausschluß der Sowjetunion von der München-Garantie war die Voraussetzung des vielzitierten, hinsichtlich dieser seiner Ursachen aber bei uns bis heute unbeleuchtet gebliebenen Stalin-Hitler-Paktes vom August 1939. Die Sowjetunion betrachtete das diplomatische Arrangement mit einem ihrer ideologischen Hauptgegner gegenüber der Alternative ihrer völligen internationalen Isolierung als das kleinere Übel.

Das Scheitern der kollektiven Sicherheitspolitik führte fast unmittelbar zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Deutschland. Die schwachen Ansätze einer auf Gleichberechtigung und Nicht-Exklusivität beruhenden europäischen Friedenspolitik waren noch vor ihrer vollen Entfaltung zerstört. Der Einschluß der Sowjetunion und der USA in die Anti-Hitler-Koalition in den Jahren 1941-45 erfolgte zu spät zur Vermeidung des Kriegsausbruches, aber eben noch rechtzeitig genug, um die nach innen diktatorische und nach außen imperialistisch-aggressive „Neuordnung Europas“ durch Hitler und seinen SS-Staat zu verhin-

¹⁾ Maxim M. Litwinow, von 1930—39 Außenminister der SU.

dern.²⁾ Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen im Jahre 1945 war von dem Bemühen geleitet, die fundamentalen Fehler der internationalen Friedenspolitik der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der USA beim Aufbau der UNO war eine wesentliche Voraussetzung ihrer Funktionsfähigkeit. Wie Prof. L. L. Matthias festgestellt hat, war aber die auf Wunsch einiger amerikanischer UNO-Delegierter erfolgte Billigung von Regionalpakten durch die UN-Satzung ein Keim späterer Blockbildungen außerhalb der UNO und stand im Gegensatz zu ihren Prinzipien. Nach der Überwindung der äußeren Bedrohung durch den Faschismus fielen die bürgerlichen Parteien und Regierungen des Westens wieder in ihre antikommunistische und antisowjetische Haltung der Vorkriegszeit zurück. Im Zuge dieser Entwicklung geriet der UNO-Gedanke der allseitigen und nichtexklusiven internationalen Zusammenarbeit in Vergessenheit. An seiner Stelle traten alte antisowjetische Kreuzzugsideologien und Europa-Konzeptionen wieder auf. Zunächst stand dabei die Beteuerung im Vordergrund, man wolle jedem totalitären System den Kampf ansagen, also auch dem Faschismus. Die 1953 erfolgte Einbeziehung Franco-Spaniens in das amerikanische Stützpunktsystem durch die nach ihrer eigenen Devise „hart am Abgrund“ entlangführende Politik des Außenministers Dulles zeigte indessen sehr deutlich, was davon zu halten ist. Ein Vorschlag der Sowjetregierung aus dem Jahre 1954, dem NATO-Pakt durch Einbeziehung der Sowjetunion den Charakter eines wirklichen atlantisch-europäischen kollektiven Sicherheitspaktes zu geben, verfiel der sofortigen Ablehnung durch die westlichen Regierungen.

Alle europäischen, besser westeuropäischen Einigungsbestrebungen aus der Zeit nach 1945 sind von diesen Tendenzen mitbestimmt oder doch überspielt worden. In ihren Abstufungen kann man sie geradezu danach unterscheiden, welchen Grad von Exklusivität und Antikommunismus sie aufweisen. Marshall-Plan-Organisation (OEEC) und Straßburger Europarat waren mit ihrer relativ großen Mitgliederzahl, die auch neutrale Länder umfaßte, noch verhältnismäßig offene Institutionen. Sogar die Westeuropäische Union (WEU), der Großbritannien und die sechs EWG-Länder angehören, ist noch nicht als ausgesprochen klein-westeuropäisch zu bezeichnen. Gerade aber die Offenheit und relative Nicht-Exklusivität der genannten drei Formen westeuropäischer Zusammenschlüsse hat zu ihrer politischen Wirkungslosigkeit geführt. Solange nämlich die maßgebenden Regierungen der kleineuropäischen EWG an ihrer Politik festhalten, die im Widerspruch zu einem umfassenden gleichwertigen oder doch wenigstens größeren und zeitlich nicht zu sehr abgestuften europäischen Zusammenschluß steht, kann von ihnen keine wirklich loyale und aktive Mitarbeit bei großeuropäischen Bestrebungen erwartet werden. Eine wesentliche Ursache ihrer selbstbewußten und wenig rücksichtsvollen Politik war die bevorzugte Unterstützung ihrer Position durch die USA, die sich dadurch wichtige und willige Außenposten ihres Stützpunktsystems sichern zu können glaubten. Nach dem Scheitern des EVG-Projekts im August 1954 wurde deshalb von Außenminister Dulles die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO forciert; dadurch sollte nicht nur die antikommunistische Front verstärkt, sondern auch der Trend zu großeuropäischen Lösungen blockiert werden, der durch eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands unter allseitig zumutbaren Bedingungen starken Auftrieb erhalten hätte. Großeuropäische Projekte aber waren für den Dulles-Kurs untragbar, da sie konsequenterweise zu einer eindeutigen westeuropäischen Abrüstungs- und Entspannungspolitik hätten führen müssen.

²⁾ Vgl. dazu die Buchbesprechung „Nationalsozialistische Großraum-Politik“ in Heft 8/62.

Europa, Deutschland und die Abrüstung

Man kann den Zusammenhang der Europa-, Deutschland- und Abrüstungs- bzw. Entspannungspolitik etwa auf folgende Formel bringen: Je offener für alle betroffenen Länder eine Europa-Konzeption ist, um so günstiger wird ihre Wirkung auf die Lösung der Deutschlandfrage und des Abrüstungsproblems sein. Umgekehrt wird jede vernünftige Lösungsbemühung in der Deutschlandfrage und Abrüstungsproblematik von einer umfassenden Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten ausgehen und sich für sie offenhalten. Auf die gegenwärtige Situation angewendet heißt das, daß nach dem Bonner NATO-Beitritt zwar nicht mehr die Möglichkeit einer unabgestuften vollständigen deutschen Wiedervereinigung besteht, daß aber immerhin noch Wege einer zeitlich und institutionell in Einzelschritten über staatenbündische Zwischenlösungen führenden Wiedervereinigung offen sind. Es ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß auch diese kleinen Chancen verschwinden werden, wenn die Bundesrepublik mit den anderen fünf EWG-Ländern oder auch nur mit Frankreich allein eine politische Union bildet.

Der Vorwurf, der von den NATO-Ländern gegen die Staaten des erst nach dem westdeutschen NATO-Beitritt 1955 gegründeten Warschauer Paktes erhoben wird, daß ein separater Friedensschluß nur mit der DDR die Spaltung Deutschlands besiegeln werde, trifft in ungleich höherem Maße seine Urheber selbst, die EWG-Regierungen, weil ihre Politik der vollendeten und ultimativen Tatsachen sogar in die schon bestehenden großwesteuropäischen Zusammenschlüsse den Keim der Spaltung hineinträgt, und die anderen NATO-Regierungen, insbesondere die USA weil sie diese kleinwesteuropäische Kernblock- und Hegemonialpolitik geduldet oder sogar gefördert haben. Solange „nur“ die Frage der deutschen Einheit davon betroffen war, konnte von den westeuropäischen Regierungen und dem Weißen Haus kein größeres Engagement für die deutschen Belange erwartet werden als von der Bundesregierung in Bonn. Jetzt aber, wo die relative Verselbständigung der Berlin-Problematik und die immens erhöhten Risiken des Raketen- und Atomwettlaufs weitaus gefährlichere und umfangreichere Rückwirkungen für alle Teile des Planeten befürchten lassen, kann die für sie wesentlich entscheidende Entwicklung der europäischen Verhältnisse keine verantwortungsbewußt vorausdenkende Regierung innerhalb und außerhalb der NATO mehr unberührt lassen. Der Fortgang der Berlin-Verhandlungen, denen als Barometer der internationalen Entspannungsbemühungen hohe Bedeutung zukommt, wird durch die negative und einem Veto nahegerückte Haltung der Regierungen in Paris und Bonn immer wieder erschwert. Die Genfer 17-Mächte-Abrüstungsverhandlungen sehen sich durch den Boykott Frankreichs dem Schicksal der Unverbindlichkeit und der Nichtbeachtung ihrer Beschlüsse durch den kleinwesteuropäischen Hegemonialblock Frankreich-Bundesrepublik gegenüber. Die vermittelnde Position der Neutralen zwischen den Weltblöcken sieht sich angesichts ihrer Assoziierungsbemühungen mit der EWG kaum abwägbaren Belastungen ausgesetzt. Großbritannien ist vor eine der größten Entscheidungen seiner Geschichte gestellt: Commonwealth oder EWG, wobei aber nicht nur für das Inselreich allein, sondern für die EWG, das Commonwealth und die anderen Länder der Welt sehr viel auf dem Spiele steht. Den kleineren EWG-Ländern, Italien und den Benelux-Staaten, wird angesichts der forcierten Rüstungs- und Unionspolitik in Paris und Bonn unbehaglich zumute; für sie bedeutet ein Beitritt Englands zur EWG Erleichterung und Liberalisierung. Die Amerikaner hoffen auf einen guten EWG-Marktanteil für ihren Export und machen schon Konzessionen an die französische Atom-Konzeption der „force de frappe“. Damit aber werden ihre Bemühungen illusorisch, den

europäischen NATO-Verbänden durch vorwiegend konventionelle Armierung eine eindeutigere Defensiv-Funktion zuzuordnen. Die Weigerung Frankreichs, die aus ehemaligem britischen Kolonialbesitz hervorgegangenen afrikanischen Staaten sich der EWG assoziieren zu lassen, kann nur als Ausübung eines politischen Drucks mit wirtschaftlichen Mitteln verstanden werden: so hofft Paris, die afrikanischen Neutralen und auf diesem Wege auch London noch ein weiteres Mal auf die Knie zwingen zu können. Abergläubische Engländer verweisen darauf, daß das Jubiläumsjahr 1966 (900. Jahrestag der normannischen Invasion in England!) nicht mehr fern und kein gutes Omen für die künftige Entwicklung sei. Gleichviel, welches wichtige Problem auch zur Debatte steht — kaum eines wird nicht von der noch schattenhaften, aber doch schon so wirksamen Großmacht Frankreich-Bundesrepublik betroffen — gleichgültig, wie sie sich nennen und welche für Satellitenrollen ausersehenen Länder sie noch zulassen wird.

Europäische Alternative zur Kleineuropa-Union

Die wichtigste Frage der Zukunft ist, ob dies von allen Regierungen, Parteien und politisch interessierten Menschen rechtzeitig genug erkannt und mit einer angemessenen Alternativ-Politik beantwortet werden wird. Diese Alternativ-Politik muß auf vielen Ebenen betrieben werden. Die großeuropäischen Institutionen sollten stärker aktiviert und ihrer noch bestehenden antisowjetischen Akzente entkleidet werden, die nicht der EWG angehörenden Staaten des internationalen Zollabkommens (GATT) sollten die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge zur Einberufung einer Welthandelskonferenz sorgfältig und positiv prüfen. Die NATO-Länder sollten rechtzeitig die Konsequenzen abwägen, die sich aus einer Schwerpunktverlagerung der NATO von Washington nach Paris und Bonn ergeben müssen. Sie sollten erkennen, daß der Zwillingsbruder der EWG, die zur Entwicklung der kleinwesteuropäischen Kernindustrie geschaffene EURATOM-Organisation, zu völlig unkontrollierbaren Entwicklungen führen kann, die im Widerspruch zu den Kontrollbestimmungen der WEU stehen. Sie sollten endlich mehr und mehr diejenigen innenpolitischen Kräfte in ihren eigenen Ländern und in der Bundesrepublik unterstützen, die auf Abrüstung, Entspannung und allgemeine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinarbeiten. Wie sich im Zweiten Weltkrieg gezeigt hat, betreffen die Konsequenzen antikommunistischer Politik und abgestufter Exklusivität nicht nur sozialistische Länder. Die Gefahr, daß die Methode des abgestuften Ausschließens und Unter-Druck-Setzens auch diesmal eine große Zahl verschieden orientierter Länder nacheinander zur Kapitulation zwingen will, ist jetzt kaum geringer. Erst waren die osteuropäischen Länder die Gegenstände dieser Taktik, dann die EFTA-Länder, jetzt sind es die überseeischen Neutralen und sogar die US-Amerikaner.

Es ist zu hoffen, daß die USA ihre Embargo-Politik gegen die sozialistischen Länder einstellen, daß die ECE, die europäische Wirtschaftskommission der UNO, der ost- und westeuropäische Staaten angehören, von den an diskriminierungsfreien Handelsbeziehungen interessierten Regierungen mehr und mehr als Instrument der allgemeinen Entspannungspolitik erkannt und eingesetzt wird. Die US-Regierung sollte die Berlin-Verhandlungen und ihre Beziehungen zur Sowjetunion bis zu einem Punkt weiterführen, wo sie nicht von der Veto-Politik der Kleineuropäer gestört werden können. Denn immer mehr benutzen diese die in der Schwebe befindlichen Weltprobleme, um beiden Seiten des globalen Dialogs das Tempo oder vielmehr den Stillstand der Verhandlungen zu diktieren.

Die politischen Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten aller europäischen und nichteuropäischen Länder, denen eine Politik friedlicher Zusammenarbeit in und

EUROPA HAT SCHON BEGONNEN

mit Europa am Herzen liegt, haben in den jetzt kommenden Monaten vielleicht eine letzte Chance, sich noch rechtzeitig gemeinsam in den Kampf um die Verwirklichung einer allseits zumutbaren Europa-Konzeption einzuschalten. Fast alle Weltprobleme hängen heute vom Stand der europäischen Dinge ab. Ob es eine gute Berlin-Lösung geben wird, ob ein Separatfrieden nur mit Ostberlin abgeschlossen wird, ob die Abrüstungsverhandlungen einen aussichtsreichen Fortgang nehmen, dies und vieles andere wird davon bestimmt, ob sich die Klein-europa-Union Paris-Bonn so zum tonangebenden Faktor der Weltwirtschaft und Weltpolitik entwickeln kann, wie es ihren Initiatoren und Protagonisten vorschwebt. Aber auch Fragen, die noch gar nicht bewußt genug gestellt sind, werden von der kommenden europäischen Entwicklung zutiefst betroffen: die Zukunftsaussichten der Demokratie, des Parlamentarismus, der geistigen und kulturellen Struktur der europäischen Gesellschaften, der Freizügigkeit des Individuums, um nur einige zu nennen.

Es läßt sich jetzt noch nicht abschätzen, welche Chancen eine gesamteuropäische innerpolitische Koordination aller entspannungswilligen und demokratischen Kräfte hätte, nur so viel ist mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß ihrer viele lebenswichtige Aufgaben harren, die sie in Angriff zu nehmen hätte, sollte sie je ins Leben treten.

Die Lage ist viel zu ernst, als daß die Initiative den Klein- und Kleinsteuropäern überlassen werden dürfte. Haben sie erst einmal H-Bomben und Super-Raketen (wer weiß, wie weit sie schon sind?), dann sagen sie womöglich nicht nur ihr „Veto!“ zu Entspannungsverhandlungen, sondern auch ein verhängnisvoll-inhaltsschweres: „Sic volo, sic jubeo!“³⁾, das den Schrecken nach innen und außen zum Dauerinstrument macht. Vielleicht entwirft diese Fragestellung eine zu düstere Perspektive: Tragen wir darum alle dafür Sorge, daß es gar nicht erst zu solcher Zuspitzung komme und daß Europa zum Inbegriff aufgeschlossener, welt-offener friedlicher Zusammenarbeit, gesunden Wohlstandes, funktionierender Demokratie und stets hilfsbereiten Einsatzes für alle Glieder der Menschheit werde.

³⁾ So will ich es, so befehle ich es!